



Vorsitz

**Ann-Kathrin Rudy und
Paul Klär**

Fortstraße 7, 76829 Landau
CV 0.33

Telefon: 06341 280 31 276

Email: vorsitz@asta-landau.de

www.asta-landau.de

Pressemitteilung zur Entscheidung der Fusion des Standorts Landau und der TU Kaiserslautern

Landau, 12.02.2019

Nach Auffassung des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur sollen die Standorte Landau und die TU Kaiserslautern in eine gemeinsame Zukunft gehen. Um die Fusion der beiden Standorte offiziell zu machen, musste heute (12.02.2019) noch der Ministerrat [sic!] zustimmen.

„Der Prozess der Zusammenschließung wird noch mehrere Jahre dauern. Eine Fusion birgt viele Potenziale, aber auch enorme Risiken. Es gilt jetzt, die Potenziale zu extrahieren und Risiken zu vermeiden. Klar ist, dass die Fusion keine Sparmaßnahme werden darf. Wir sind uns bewusst, dass selbst großzügige Investitionen in die „Universität der Pfalz“ nicht bedeuten, dass der erhebliche Raum- und Kapazitätsmangel am Campus Landau ein Ende nimmt. Trotzdem muss allen Beteiligten klar sein, dass die aktuelle Situation am Campus Landau nicht zukunftsfähig ist“, stellt Ann-Kathrin Rudy, AStA-Vorsitzende in Landau, fest.

Paul Klär, ebenfalls Vorsitz des AStA Landau, ergänzt: „Um eine starke „Universität der Pfalz“ (Arbeitstitel) zu erschaffen, müssen alle Beteiligten an einen Tisch kommen. Nur wenn alle Interessensgruppen aller Standorte in den Prozess eingebunden werden, kann es das Ministerium schaffen, eine neue, innovative und stabile Universität aufzubauen. Die bisherigen Partizipationsmöglichkeiten aller Interessensgruppen, außer der Hochschulleitungen, wurden vom Ministerium vehement abgelehnt und mit der Begründung abgetan, dass eine Partizipation über die Hochschulpräsident*innen genügen würde. Wir werden nicht zulassen, dass dieses krude Verständnis von Partizipation den Fusionsprozess dominieren wird. Wir brauchen starke Interessensgruppen, die ernstgenommen werden und mitgestalten dürfen.“

Klär gibt zu bedenken: „An den einzelnen Standorten bestehen bei allen Interessensgruppen durch die bisher fehlende Kommunikation verschiedenste Sorgen und Bedenken. Es ist nun wichtig, diesen Bedenken Raum zu geben und sie ernst zu nehmen. Trotzdem darf man sich bei einer



endgültigen Entscheidung nicht auf die Zweifel fokussieren, sondern die Energie nutzen, um gemeinsam das Beste für die neue Universität auszuhandeln zu können.“

Weiter wendet sich Rudy an alle Beteiligten: „Mit der beschlossenen Fusion sitzen beide Standorte, Kaiserslautern und Landau, im selben Boot. Wir appellieren an alle Vertreter*innen der verschiedenen Interessensgruppen nicht die Nachteile des jeweils anderen Standortes, sondern Potenziale einer Verbindung beider Standorte in den Vordergrund zu stellen und gemeinsam daran zu arbeiten, diese Potenziale vollständig auszuschöpfen. Ebenso fordern wir, dass die Anliegen aller verschiedenen Gruppen in der Umsetzung Gehör finden.“

„Die Rahmenbedingungen der „Universität der Pfalz“ sind entscheidend für den zukünftigen Bestand der Universität. Mit einer Entscheidung für die Fusion zwischen Landau und Kaiserslautern erteilte das Ministerium auch klar der Governance-Struktur der Universität Koblenz-Landau eine Absage. Diese ohnehin oftmals zurecht kritisierte Struktur darf auf keinen Fall übertragen werden. Man muss aus den Fehlern der Vergangenheit, aber auch durch erfolgreiche Beispiele wie das der Universität Duisburg-Essen lernen. Mit einer gut durchdachten Governance-Struktur kann das gesamte neue Konzept stehen und fallen. Insbesondere diese Struktur darf nicht alleine unter den Präsident*innen oder einer Übergangshochschulleitung und dem Ministerium ausgehandelt werden“, fordert Paul Klär.

Partizipation, Finanzierung und Offenheit müssen die Schlüsselwörter einer erfolgreichen Fusion sein.